

7

[REDACTED]

Rechtsanwalt
Fachanwalt für Familienrecht • Fachanwalt für Strafrecht

[REDACTED] Berlin
Amtsgericht Schöneberg
Familiengericht
Grunewaldstraße 66-67
10823 Berlin

per beA /

vorab per Fax: [REDACTED]

[REDACTED]
Telefon: [REDACTED]
Telefax: [REDACTED]
[REDACTED]

Mein Zeichen
(bitte stets angeben)

Klimas ./. dto.

Berlin, 26/03/24

*bereits vorab
per Fax eingegangs*

27. März 2024

EILT! BITTE SOFORT VORLEGEN!

Antrag

des Herrn [REDACTED] Klimas, [REDACTED] Berlin,

Antragsteller,

Verfahrensbevollmächtigter:

Rechtsanwalt [REDACTED]
[REDACTED] Berlin.

gegen

Frau Ingke Klimas [REDACTED] Berlin,

Antragsgegnerin,

weitere Beteiligte:

das Kind [REDACTED] Klimas, geb. [REDACTED]

Bankverbindung:

[REDACTED]

wegen einstweiliger Anordnung.

Namens und in Vollmacht des Antragstellers wird beantragt,

1. die Grenzpolizeibehörden der Bundesrepublik Deutschland zu ersuchen, im Rahmen der Grenzfehndung jede Ausreise des Kindes aus der Bundesrepublik Deutschland, jedenfalls aber aus dem Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten des Übereinkommens von Schengen zu verhindern, sofern die Begleitpersonen nicht durch einen Gerichtsbeschluss späteren Datums nachweisen kann, dass sie Inhaberin der alleinigen elterlichen Sorge oder Personensorge oder des Aufenthaltsbestimmungsrechts für das Kind ist.

2. anzuordnen, dass der zu erlassende Beschluss vor Zustellung an die Antragsgegnerin sofort wirksam ist;

3. anzuordnen, dass die einstweilige Anordnung in Kraft bleibt, solange nicht eine anderweitige Regelung erfolgt.

Begründung:

1.

Die Beteiligten sind die voneinander geschiedenen Eltern und gemeinsam Sorgeberechtigten des am [REDACTED] 2020 in der Ehe der Beteiligten geborenen Kindes [REDACTED] Klimas. Die Beteiligten leben seit August 2021 voneinander getrennt. Die Beteiligten betreuen das Kind in einem Wechselmodell. Ein Verfahren nach § 1666 BGB ist bei dem FamG Schöneberg anhängig ([REDACTED]).

Die vorstehenden Tatsachen sind gerichtsbekannt.

2.

Die Antragsgegnerin hat eine gerichtsbekannte Neigung, Stresssituationen mit Reisen zu kompensieren, zu denen sie das betroffene Kind ohne Absprache mit dem Antragsteller mitnimmt.

Aufgrund einer erheblichen Erbschaft im Jahr 2023 ist die Antragsgegnerin finanziell unabhängig.

Sie war von der Ankündigung des Gerichts in dem Anhörungstermin vom 22.03.2024, die Alleinsorge für das betroffene Kind vorläufig auf den Antragsteller zu übertragen, sichtlich agitiert und verzweifelt.

Seitdem hat sie auf vielfältige Art nach Möglichkeiten gesucht, gegen den Antragsteller vorzugehen, insb. seine Mieter, seine Ex-Freundin und seinen direkten Dienstvorgesetzten kontaktiert.

Soweit Umgangsbezug besteht, berichten die Umgangspflegerinnen dem Gericht entsprechend.

Es steht zu befürchten, dass sich die Antragsgegnerin nach dem anstehenden Kindesübergabe in ihren Betreuungsblock mit dem Kind absetzen wird. Eine evtl. nicht benötigte Grenzsperre ist weniger eingriffsintensiv als ein solches Entziehen kindeswohlschädlich.

3.

In diesem Zusammenhang bitte ich im Rahmen des bestehenden Kinderschutzverfahrens [REDACTED] um **dringende Prüfung** dahingehen, ob das Gericht nunmehr Anlass für eine (evtl. vorläufige) Einschränkung des Umgangs sieht. Denn die gegenwärtige, innerhalb kurzer Zeit seit der Anhörung nochmals eskalierte Situation stellt nach Auffassung des Antragstellers eine erheblich kindeswohlgefährdende Lage dar, in der insb. vor der Vorstellung des Kindes in der Charté weitere Entfremdung bzw. Beeinflussung durch die Antragsgegnerin zu befürchten ist.

Für den vorstehenden Tatsachenvortrag beziehe ich mich zur **Glaubhaftmachung** auf die als **Anlage AST 1** beigefügte eidesstattliche Versicherung des Antragstellers.

[Redacted Signature]

Rechtsanwalt
(elektronisch signiert)